

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 267.

Freitag, 15. November 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Tedler frei Haus oder bei Abholung am Posthalter vierwöchentlich 3.00 Mark, monatlich 1.00 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile 70 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Text entsprechend höher. Nachdruckungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Demüthiger Rabatt erlischt, wenn der Beitrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Biergebräute Unterhaltungsbeilage „Städler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notablendruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schmel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Butter betreffend.

Der Buchstabe B der Speisekarte, gültig für die Woche vom 18.—24. November, darf mit einem Viertel Stückchen Butter beliefert werden. Bezugspreise für Butter sowie Speisekarten für Gastwirtschaften dürfen voll beliefert werden. Die Milchlieferanten dürfen auf den Kopf der von ihnen zu beliefernden Personen 100 Gramm verwenden, alle übrige Butter ist von ihnen an die zuständige örtliche Sammelstelle abzuliefern. Großenhain, am 13. November 1918. 1212 b IV. Der Kommunalverband.

Kartoffelverföhrung.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 13. November 1918 geben wir weiter bekannt, daß wir, um auch denjenigen Einwohnern, die ihre Landeskartoffelkarten bereits gegen Wochenkarten umgetauscht haben, noch den zentnerweisen Bezug bei einem Händler zu ermöglichen, bereit sind, einen anderweitigen Umtausch der Karten vorzunehmen. Soweit jedoch auf die Wochenkarten bereits Kartoffeln entnommen worden sind, müßte eine entsprechende Minderung der alsdann auf die Landeskartoffelkarten zu beziehenden Menge eintreten. Der Umtausch der Karten muß bis spätestens Montag, den 18. November 1918 in unserem Lebensmittelkartenzamt, Rathaus, Zimmer Nr. 13, bewirkt werden. Selbstverständlich kann nur denjenigen der zentnerweise Bezug empfohlen werden, denen zur Lagerung geeignete, einwandfreie Räume zur Verfügung stehen. Riesa, am 15. November 1918. Der Rat der Stadt Riesa.

Sperrung der Wasserabgabe in Riesa.

Sonntag, den 17. ds. Mts. wird zwecks Vornahme der Brunnenmessungen die Wasserlieferung der Stadt von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags unterbrochen. Alle Abnehmer wollen sich vor 9 Uhr mit genügend Wasser versehen. Die Hauptabnehmer sind während vorgenannter Zeit geschlossen zu halten. Bei Feuergefahr sollte man sofort Fernsprecher Nr. 78 anrufen, damit die Hauptabnehmer geöffnet werden. Der Rat der Stadt Riesa, den 14. November 1918.

Kartoffellieferung betr.

Die Kartoffelverföhrer der Gemeinde Gröba werden hiermit noch besonders darauf hingewiesen, daß sie nach der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 13. November 1918 verpflichtet sind, am 16. November im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 10, zu melden, wieviel sie in der Zeit vom 16. September bis 15. November 1918 Kartoffeln geliefert haben: a) auf Landeskartoffelkarten des Kommunalverbandes Großenhain,

b) auf Landeskartoffelkarten auswärtiger Kommunalverbände, soweit die Lieferung nicht mit der Bahn erfolgt ist. c) an Bedarfsgemeinden innerhalb des Kommunalverbandes bzw. an die Wohnortgemeinden, soweit die Lieferung nicht durch die Vermittlung des zuständigen Kommunalverbands stattgefunden hat. Die Meldung muß pünktlich am genannten Tage von sämtlichen Kartoffelverföhrern eingebracht werden. Gröba, Elbe, am 15. November 1918. Der Gemeindevorstand.

Kartoffelverföhrung.

Alle Einwohner, die Kartoffeln jetzt noch im Ganzen auf Landeskartoffelkartenabschnitte A, B und C beziehen wollen, wollen sich Sonnabend, den 16. November 1918, vorm. 8—1 Uhr im Gemeindeamt, Zimmer 6, melden. Gröba, Elbe, am 15. November 1918. Der Gemeindevorstand.

Markenausgabe in Gröba.

Sonnabend, den 16. November 1918, nachmittags 6—7 Uhr werden in den bekannten Markenausgabestellen die Fleisch- und Fleischkontrollkarten ausgegeben. Die Fleischkontrollkarten sind bis spätestens Dienstag, den 19. November 1918 zwecks Kundenlistenanmeldung bei einem Metzger abzugeben. Gröba, Elbe, am 14. November 1918. Der Gemeindevorstand.

Der Bezirksforstverwalter hat gemeldet, daß von Montag, den 18. bis Sonntag, den 23. November 1918 die Schornsteine in Gröba gereinigt werden. Der Gemeindevorstand.

Gemeinde-Sparkasse Gröba.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent. Einlagebücher gebührenfrei. Kontrollmarken unentgeltlich. Vermietung von Panzerschrank-Schließfächern. Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren (Kriegsanleihen). Gemeindevorstands-Girokasse. Kostenlose Geldüberweisung nach allen Orten Deutschlands. Verzinsung der Einlagen auf Girokonto nach Vereinbarung.

Die neue Volksregierung in Sachsen.

Dresden, 15. November. Die neue sächsische Regierung, die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Chemnitz und Leipzig, haben in einem Aufruf an das sächsische Volk die Ziele der Revolution dargelegt, die zu ergreifenden Maßnahmen festgelegt und eine neue Regierung gebildet. Die Regierung setzt sich aus folgenden Volksbeauftragten zusammen: Lipinsky, Tauerer und Neukirch; Geber, Finanzen; Fleischer, Militärwesen; Schwarz, Arbeitsministerium; Dr. Grönaner, Justiz; Busch, Kultus und Unterricht. Die Geschäfte der Ministerien sind heute vormittags von den Volksbeauftragten übernommen worden.

Ein Aufruf sächsischer Arbeiter- und Soldatenräte. Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz veröffentlichen folgenden Aufruf:

An das sächsische Volk!

Das kapitalistische System hat seinen Zusammenbruch erlebt. Die bürgerlich-monarchische Regierung ist gestürzt. Das revolutionäre Proletariat hat die öffentliche Gewalt übernommen. Sein Ziel ist die sozialistische Republik. Bewirkung des Sozialismus heißt Verwirklichung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche, Enteignung des Privateigentums von Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerken, Banken, Hochöfen, Maschinen, Verkehrsmitteln usw., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Uebernahme der Produktion durch das Proletariat. Aufgabe der sozialistischen Regierung muß sein, die Revolution fortzuführen und zu freigen bis zur völligen Ueberwindung der bürgerlichen Klasse. Verwirklichung der Republik heißt absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse, Beseitigung der Aristokratie in jeder Form, allgemeine Volksbewehrung zum Schutze der revolutionären Erzeugnisse, Abschaffung aller Art arbeitslosen Einkommens, Trennung der Kirche vom Staat, Ablösung der bürgerlichen Gerichte usw. Der sächsische Republik fällt die besondere Aufgabe zu, die Liquidation des sächsischen Staates herbeizuführen, um die einheitlich sozialistische Reichsrepublik zur Tatsache zu machen. Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz. Lipinsky, Geber, Schwarz, Neukirch, Mühlh., Sedert, Fellisch, Metzger.

Rundgebung der sächsischen Minister.

Se. Majestät der König hat dem Thron entsagt. Vorläufiger Abdankung hat der König den Staatsministern die erledigte Entlassung aus seinen Diensten bewilligt. Ihnen dabei aber die zum Wohl des Landes etwa gebotene Fortführung der Geschäfte anheimgestellt. Er hat weiter alle Offiziere und Beamte, Geistliche und Lehrer des ihm geleisteten Treueschwurs entbunden und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß auch sie der veränderten Regierungsform ungeschädigt fortzufahren möchten, dem Vaterlande mit allen ihren Kräften zu dienen. Im Interesse der öffentlichen Ordnung, deren Versagen unannehmbar ist, nach sich ziehen müßte, sind wir an unserem Teile bereit, die uns anvertrauten Ministerien

weiter zu verwalten, insofern und solange uns dazu die Möglichkeit bleibt. Aber auch für den Fall unseres endgültigen Ausscheidens bitten wir alle, die im Dienste des Reiches, im unmittelbaren oder mittelbaren Dienst von Staat und Gemeinde, Kirche und Schule stehen, auf ihrem Posten auszuharren und ihre Berufspflichten auch weiterhin mit aller Gewissenhaftigkeit zu erfüllen. Die Sicherung und Förderung des Gemeinwohls sei nach wie vor und in den schweren Wochen und Jahren, die uns erwarten, mehr denn je Richtschnur für unser Tun und Lassen.

Die Minister der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten, des Krieges, der Finanzen, des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts: Dr. Heinze, v. Wilsdorf, Dr. Schroeder, Dr. Koch, v. Holtz-Walkow.

Die nächsten Aufgaben der sächsischen Volksrepublik.

Ein Mitglied des Vereinigten republikanischen S. und U. A. in Dresden teilt folgendes mit: Aus dem Wege ins neue Leben stehen wir am Anfang eines Uebergangsstadiums in die neue Freiheit, das von Friedrich Engels als Diktatur des Proletariats bezeichnet worden ist. Offen sei gesagt, daß jetzt die Forderungen bürgerlicher Kreise nach Mitwirkung im Arbeiter- und Soldatenrat nicht erfüllt werden. Dem ohnehin schwierigen Aufbau des Neuen können nur Personen gebraucht werden, die sich mit ganzer Hingabe und freudigem Willen für die freiheitlich-sozialistische Neugestaltung einsetzen. Deshalb kann in dieser Uebergangsperiode nur Vertretern der Arbeiterklasse, die überlegte Sozialdemokraten sind, Einfluß und Stimmen im Rate selbst gestattet werden. Daran wird sich auch noch nichts ändern, wenn nach den Neuwahlen für den Arbeiter- und Soldatenrat, die ungefähr nach Wochenfrist stattfinden sollen, die erste Periode der Uebergangszeit hinter uns liegt. Auch für die folgende Zeit muß die Diktatur der revolutionären Arbeiterklasse noch gesichert werden. Daraus aber ergibt sich, daß sich an diesen Wahlen nur Arbeiter und Arbeiterfrauen und die unteren Angehörten werden beteiligen dürfen. Wenn darob schon jetzt bürgerliche Leistungen etwas bezeichnend bemerken, daß man, trotz des Ausschlusses von Bürgern und Bauern bei diesen Wahlen wahrscheinlich den neuen Arbeiter- und Soldatenrat als Volksvertretung bezeichnen werde, so verkennen sie die Lage und die Anforderungen der Stunde für die revolutionäre Gewalt vollständig. Es soll jetzt gar keine Vertretung des gesamten Volkes geschaffen werden, sondern ein auf dem Vertrauen der Arbeiter beruhender Volksausschuß der Revolution, der vor allem die Neuordnung auf einer wirklich freiheitlichen und sozialistischen Grundlage errichten und ausbauen soll. Erst wenn man das erreicht hat, können die Wahlen für die Volksvertretung ausgeschrieben werden, bei denen alle Mitglieder des Volkes, einschließlich der Frauen, ein gleiches Stimmrecht haben werden. Dieses neue Wahlrecht zu schaffen, wird auch eine der Aufgaben des Volksausschlusses in der Periode der Diktatur des Proletariats sein. — In dieser Zeit wird auch die Regierung in den Händen des Rates sein, der mit erprobten Männern besetzt wird, ganz gleich, ob die alten Minister bleiben oder nicht. Geschicht das erste, würden sich vielleicht die Regierungsgeschäfte infolge der Unkenntnis der Herren

platter abwickeln. Deshalb wäre ihr Bleiben zu begrüßen, ja wir möchten hinzufügen, daß sie ihr Interesse für das Volkswohl durch weiteres Verbleiben bekunden müßten. Schließlich das, dann verbleibt ihnen die Leitung der Regierungsmaschinen, die politische Oberleitung aber wird auf die ihnen beigegebenen Volkskommissare übergehen, die jedem Ressortminister beigeordnet würden und die die eigentliche Regierung ausüben. Verbleiben die Minister nicht, dann werden die ersten Ministerialbeamten die Leitung des Regierungsapparates in Gemeinschaft mit den Volkskommissaren übernehmen. Wie dem aber auch sein möge, in jedem Falle liegt die endgültige Machtbefugnis bis auf weiteres in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates, der insoweit nengewählt und wahrscheinlich auch in einer Zentralinstanz eine einheitliche Spitze für das ganze Land erhalten haben dürfte.

Protest der sächsischen A. und S. R.

Gegen die von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen über die Heeresdisziplin, mochte das Verhältnisseverhältnis des Offiziers zu den Mannschaften bestehen bleibt, und die Soldatenräte nur beratende Stimme bei Fragen der Disziplin, des Urteils und der Verhängung von Disziplinarstrafen haben sollen, protestieren wir auf das Entschiedenste, weil wir darin eine Preisgabe wesentlicher revolutionärer Errungenschaften zum Nachteil des Proletariats sehen. Wir fordern die Reichsregierung auf, jene Bestimmungen sofort aufzugeben, und zu veranlassen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Bestimmenden auch in dieser Frage sind. Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig, Dresden und Chemnitz.

Aufruf der Konservativen.

Die konservative Fraktion der Zweiten Ständekammer hat heute folgende Erklärung beschlossen: Die Revolution der letzten Tage hat über das alte Deutschland und über das alte Sachsen geführt. Das Gedat der Stunde ist heute Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, Fernhaltung des Volkswahns und des allgemeinen Chaos und Sicherung der Volksernährung. Wir bitten unsere Freunde, ungeachtet ihrer politischen Auffassung, hieran mitzuarbeiten. Die Weiterentwicklung des Staates wird von der Konstituierung der Nationalversammlung bestimmt werden. Wir erwarten, daß die Wahlen hierzu ohne Verzug stattfinden, sobald die Demobilisierung beendet sein wird.

Ein unabhängiger Sozialdemokrat sächsischer Kriegsminister.

Der Vorkluge des Chemnitzer A. und S. Rates Gedert (Unabh. Soz.) wird, wie die „Chemnitzer Volksstimme“ meldet, sächsischer Kriegsminister werden. An seiner Stelle übernimmt den Vorsitz des Chemnitzer A. und S. Rates der politische Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ Hermann Arnold.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 15. November 1918. — Aufruf. Das Vaterland ist in Gefahr. Das wirtschaftliche Leben droht zusammenzubringen und damit die Fundamente unseres Landes. Jedermann muß deshalb alle seine Kräfte einsetzen, um diese Katastrophe abzuwenden. Offiziere und Beamte, die ihr noch ab-